

"Die Kuh steht jetzt erst recht auf dem Eis"

Borken/Reken/Heiden (wen/pd). Gegen das interkommunale Gewerbegebiet an der Autobahn 31 bezieht Rolf von dem Berge für den Vorstand des Natur- und Vogelschutzvereins Stellung: Für viele Bürger und Fachstellen sei klar, dass es sich hier um eine dafür ungeeignete Fläche handele: fernab von Ortslagen, hoher Waldanteil mit überwiegend altem Baumbestand, Landschaftsschutzgebiet und zu mehr als 50 Prozent Trinkwasserschutzzone. "Da es außerdem Alternativen gab und gibt, ist die Schaffung eines neuen Siedlungskerns nicht zu rechtfertigen", so der Verein.

Dennoch sei in diese fehlgeleitete Planung investiert worden. Es sei politischer Druck aufgebaut worden, um sachliche Gegenargumente aus dem Weg zu räumen.



Die Risiken für eine juristische Auseinandersetzung um den interkommunalen Gewerbepark an der A 31 seien gestiegen, meint der Natur- und Vogelschutzverein.

Dies aber reiche nicht, um aus einem falschen Ansatz einen richtigen zu machen. Folgerichtig habe auch die Prüfung der Landesregierung ergeben, dass diese Planung nicht genehmigungsfähig ist. Dafür habe es gewichtige Gründe gegeben.

Zusätzlich habe die Regierung den drei Kommunen goldene Brücken zum gesichtswahrenden Ausstieg aus der verkorksten Planung angeboten: flexibel und rasch Gewerbe-Ausweisungen im Anschluss an vorhandene Flächen zu ermöglichen. Es sei aber wieder politischer Druck aufgebaut worden, "und jetzt sollen juristische Feinessen erhalten, um den Beschluss der Landesregierung auszuhebeln", so der Verein.

Entgegen den veröffentlichten Behauptungen bedeute dies aber keineswegs, dass die GIB-Planung nunmehr durch sei. Vielmehr seien die Risiken weiter gestiegen, denn nach solchen rechtlichen Klimmzügen dürfte eine juristische Anfechtung des GIB immer aussichtsreicher werden.

Auch werde das ganze Vorhaben damit immer unwirtschaftlicher.

Die Kuh sei keineswegs vom Eis, sondern sie sei jetzt erst recht darauf. Vom Eis werde sie sein, wenn wieder politische Vernunft einkehre und die "unselige Planung endlich aufgeben wird", so der Verein. Von unseren gewählten Vertretern muss erwartet werden, dass sie nicht noch mehr Zeit und Geld an dieser Stelle verschwenden.

Interkommunale Zusammenarbeit könne besser an anderen Stellen und vielleicht sogar im größeren Verbund verwirklicht werden "warum nicht gar gemeinsam mit dem benachbarten nördlichen Ruhrgebiet? Das wäre eine echte Überwindung des Kirchturmdenkens", so der Verein.